

# 1. Mai Zeitung

Die Zeitung zum Tag der Arbeit  
SP und Gewerkschaften des Kantons Aargau  
Ausgabe vom 1. Mai 2019



**1. MAI**  
**MEHR  
ZUM  
LEBEN!**

**FRAUEN\*STREIK**  
14. Juni 2019

**AGB** | Die Aargauer  
Gewerkschaften

© 2019 SP und Gew. Aargau

## Programme 1. Maifeiern 2019

Aarau | Lenzburg | Schöftland | Zofingen \_ Seite 6

Baden | Brugg | Bremgarten | Stein \_\_\_\_ Seite 7

**1. Mai-Aufruf** \_\_\_\_\_ Seite 2

**Mehr zum Leben?  
Grund zum Streiken!** \_\_\_\_\_ Seite 3

**Aargauer Umsetzung der STAF:  
Ohne sozialen Ausgleich verheerend!** \_ Seite 4

**JA zu Steuerreform und  
AHV-Finanzierung (STAF)** \_ Seite 5

**Inserate** \_\_\_\_\_ Seite 8

**- Wie lange noch ?!** \_\_\_\_\_ Seite 9

**Aargauer Regierung muss  
Zurückhaltung ablegen** \_\_\_\_ Seite 10

**Kein Rahmenabkommen gegen  
den Schweizer Lohnschutz!!** \_ Seite 11

**Frauen\*Streik  
Fest der Solidarität** \_\_\_\_\_ Seite 12

# Mehr zum Leben!

Aufruf zum 1. Mai 2019

**Ein Jahrzehnt nach dem Ausbruch der Finanzkrise stehen die Zeichen in der Wirtschaft weltweit endlich wieder auf Erholung. Letztes Jahr brummen die Wirtschaftsmotoren. Ist also alles wieder gut? Mitnichten. Die Ideologen tun so, als wäre nichts gewesen und predigen die ewig gleichen neoliberalen Rezepte für Wirtschaft und Politik. Genau die Rezepte, welche die Wirtschaft 2008 in eine weltweite Krise geführt haben.**

Auch in der Schweiz streichen die Manager in den Teppichetagen wieder Millionenboni ein – wie zu den übelsten Zeiten vor der Krise. Regeln, mit denen die Bankenwelt hätte sicherer gemacht werden sollen, wollen sie wieder schleifen, um erneut gefährliche Finanzabenteuer eingehen zu können. Bei den Löhnen hingegen predigen sie unverdrossen Zurückhaltung und weitere magere Jahre. Und gegen die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern wollen sie schon gar nichts unternehmen. Die öffentliche Hand setzen sie mit ihrem Spardogma unter Druck, nur damit sie ihre eigene Steuerrechnung noch weiter drücken können. Im Gesundheitswesen predigen sie einen Markt, der keiner sein kann und lassen die Versicherten unter dem Titel «Eigenverantwortung» immer mehr der Kosten direkt via höhere Franchisen selber zahlen. In der Altersvorsorge ignorieren sie das sinkende Rentenniveau in der zweiten Säule und wollen uns stattdessen in die noch teurere und unattraktivere private Vorsorge der Versicherungen und Banken treiben. Von den Arbeitnehmenden fordern sie längere Arbeitstage und -wochen. Unter dem Schlagwort Digitalisierung drängen sie immer mehr Arbeitnehmende in eine Scheinselbständigkeit, die es den Arbeitgebern erlaubt sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen. Und weil ihnen Lohnschutz schon immer ein Dorn im Auge war, stellen sie sich nun bei den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen Schweiz-EU auf die Seite der EU-Kommission, um unseren Lohnschutz und die Flankierenden nachhaltig zu schwächen.

Doch etwas vergessen die Ideologen: Ohne uns Arbeitnehmende gibt es keine Wirtschaft. Wir erarbeiten die Gewinne, die sie am liebsten nur unter ihresgleichen verteilen würden. Wir sorgen dafür, dass die Wirtschaft läuft. Und wir Arbeitnehmenden sind auch die Kon-

sumenten, die für Nachfrage sorgen. Das rufen wir den Ideologen am 1. Mai gerne in Erinnerung. Und laut und deutlich: Die alten Rezepte sind gescheitert. Jetzt ist es Zeit, die Zeiger neu auszurichten.

Seit zwei Jahren stagnieren die Reallöhne. Oft war nicht einmal mehr der Teuerungsausgleich gesichert, weil die Arbeitgeber dieses Prinzip während der Jahre der Nullteuerung offensichtlich nur allzu gerne vergessen und über Bord geworfen haben. Klar ist: Es ist Zeit für MEHR Lohn.

Insbesondere gilt dies für die Frauen, deren Löhne immer noch hinter jenen der Männer herhinken. Seit 1981 ist die Gleichstellung von Männern und Frauen zwar in der Verfassung und seit 1996 im Gesetz verankert. Trotzdem hapert es an vielen Orten, nicht nur bei den Löhnen. Das Gros der Arbeit zu Hause wird von den Frauen geleistet. Als Arbeit wird das nicht anerkannt und wertgeschätzt. Die Folge sind miese Einkommen und tiefe Renten. Bei den Kinderbetreuungs- und Pflegeangeboten wird gespart. Auf Kosten der Frauen, die die Lücke füllen. Und noch immer ist sexuelle und sexistische Gewalt verbreitet. Klar ist: Es braucht MEHR Lohn, Zeit und Respekt für die Frauen.

In den letzten Jahren sanken die Pensionskassenrenten der künftigen RentnerInnen stetig. Dennoch ignorieren ausser dem SGB und seinen Verbündeten die politischen Akteure die soziale Sprengkraft dieser Situation. Statt über die Rentenhöhe reden sie lieber über die Demografie und ein höheres Rentenalter für alle. Klar ist: Es ist Zeit für MEHR Rente. Dazu braucht es höhere AHV-Renten, damit auch die nächste RentnerInnen-Generation anständige Renten hat.

Bei der Einführung des Krankenkassenobligatoriums versprach der Bundesrat, dass die Belastung durch die Krankenkassenprämien 8 Prozent eines Haushaltsbudgets nicht übersteigen solle. Doch die meisten Haushalte leiden heute unter einer viel stärkeren Belastung. Denn die Kantone sparten und standen trotz stetigem Anstieg der Krankenkassenprämien bei den

Prämienverbilligungen auf der Bremse oder haben die Verbilligungen sogar gekürzt. Klar ist: Es braucht MEHR Prämienverbilligungen. In einem ersten Schritt muss die Prämienbelastung der Haushalte auf 10 Prozent gesenkt werden,

wie es die vom SGB unterstützte Prämien-Entlastungs-Initiative verlangt. Und den Versicherten dürfen nicht immer noch mehr Kosten aufgehalst werden, wie mit der soeben beschlossenen Erhöhung der Franchisen.

Die Kontrollen im Rahmen der flankierenden Massnahmen zeigen: Die Missbrauchsquote ist hoch, viele Unternehmen zahlen nicht die Löhne, die in der Schweiz gelten. Deshalb muss der Lohnschutz ausgebaut werden. Trotzdem hat Bundesrat Cassis letztes Jahr eine Diskussion über den Abbau des Lohnschutzes losgetreten. Und die Wirtschaft schlägt sich auf die Seite der EU-Kommission und macht enormen Druck, im Zusammenhang mit dem Rahmenabkommen den Schweizer Lohnschutz den schwächeren EU-Regeln anzupassen. Klar ist: Es braucht MEHR statt weniger Lohnschutz. Gegen einen Abbau werden die Gewerkschaften nötigenfalls das Referendum ergreifen.

Der Arbeitgeberverband rühmt gegenüber ausländischen Medienschaffenden gerne das Schweizer Arbeitsrecht als äusserst flexibel und liberal. Dennoch wollen die gleichen Kreise jetzt auch noch die zentralen Grundregeln zum Schutz der Arbeitnehmenden, wie Arbeitszeiterfassungspflicht, Ruhezeiten und Höchstarbeitszeiten schleifen. Klar ist: es braucht MEHR statt weniger Zeit zum Leben. Die Gewerkschaften werden derartige Angriffe vehement bekämpfen. Und sie werden einfordern, was schon lange angezeigt ist: 5 Wochen Ferien für alle.

**Damit ist klar: Die Zeiger müssen neu ausgerichtet werden. Es ist Zeit für MEHR Lohn, MEHR Rente, MEHR Lohngerechtigkeit, MEHR Gleichstellung, MEHR Prämienverbilligungen, MEHR Lohnschutz und für MEHR Zeit für uns selber. Kurzum fordern wir: MEHR ZUM LEBEN.**



# Mehr zum Leben? Grund zum Streiken!

von Florian Vock

**Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, sonst machen es andere – das wissen Pöstlerinnen, Bankangestellte und Schüler genauso wie junge und alte Frauen. Unsere stärkste Waffe dazu: der Streik**

## Wir normalen Leute

Mit 17 habe ich mich in Gebenstorf als schwul geoutet. Diese Gesellschaft macht mir das nicht gerade einfach. Aber ich habe erlebt, was möglich wird, wenn ich mein Schicksal in die Hände nehme und mich mit Freund\_innen zusammenschliesse. Wir haben die grösste LGBT-Jugendorganisation aufgebaut, die es je in der Schweiz gab. Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, sonst machen es andere – das war unser Motto.



**Florian Vock**  
Präsident Aarg. Gewerkschaftsbund, Grossrat SP

## Wenn wir es nicht tun, machen es andere

Gerade darum gibt es auch Gewerkschaften: Sich zusammenschliessen, Anliegen sammeln, und schlagkräftig für die Interessen der Lohnabhängigen eintreten. Nirgends sehen wir das deutlicher als in meinem Zuhause, dem Industriestandort Baden. Aber nicht nur Jobs in der Industrie verschwinden, die Digitalisierung wird auch den kaufmännischen Bereich und den Detailhandel auf den Kopf stellen. Wir müssen ehrlich sein: Wenn wir auf den guten Willen der Chefs hoffen, wird unser Job dem schnellen Profit geopfert. Das ist nicht, weil die Chefinnen und Chefs böse Menschen sind. Aber weil die Wirtschaft auf maximalen Profit ausgelegt ist. Hier müssen die Lohnabhängigen immer wieder Gegensteuer geben. Denn in der Welt von Dienstleistungsberufen wie im kaufmännischen Bereich werden die Lohnkosten häufig als grösster Kostenpunkt gesehen – aber leider zu selten als wichtigste Investition.

## Schüler\_innen als Vorbilder

Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, sonst machen es andere: Das wissen nicht nur Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Die klimastreikenden Schülerinnen und Schüler sind vorbildlich darin. Die Auswirkungen der Erderwärmung gehören zu den grössten mittelbaren

Bedrohungen der Menschheit – meine Generation wird das noch erleben.

Die international vereinbarten Klimaziele sind ambitioniert und die Zeit für Massnahmen ist knapp. Eine rasche Intensivierung der Klimaschutzmassnahmen auf allen staatlichen Ebenen, die deutliche Steigerung der Effizienz in der Energie- und Ressourcennutzung

und umfassende Nachhaltigkeit in der Abdeckung der verbleibenden Bedürfnisse sind daher dringend nötig.

Was für ein Glück, dass die Jugend – denen wir ja allzu rasch vorwerfen, unpolitisch zu sein – nicht still sitzt. 17- oder 19-jährige Schülerinnen und Schüler in der Schweiz nehmen die politischen Mittel in die Hand, die sie zur Verfügung haben. Sie protestieren, sie vernetzen sich digital über die ganze Welt, sie stellen Forderungen.

## Streiken heisst, Einfluss nehmen

Und: Sie streiken. Uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern kommt das ja bekannt vor. Wenn niemand hin- und zuhört, wenn die Anliegen einer ganzen Generation unter den Tisch gekehrt werden, wenn wir ungerecht behandelt werden, dann streiken wir eben. Wozu sollen wir noch mitmachen, wenn das Spiel so ausgelegt ist, dass es uns selbst schadet?

Arbeiterinnen und Arbeiter streiken, Frauen\* streiken, Schüler\_innen streiken. Es ist die friedliche, aber wirksame Protestform der Zivilgesellschaft. Der Landesstreik 1918

wurde von streikenden Bankangestellten in Zürich angeführt. Der Frauenstreik von 1991 hat eine ganze Generation politisiert. Am 14. Juni 2019 kommt es zu einem neuen Frauen\*streik, im ganzen Land bilden sich schon Streikkomitees von Frauen\*, besonders in Pflege- und Betreuungsberufen.

## Friedlich, aber mutig sein

Der Streik als Protestform ist definitiv wieder modern. Seit dem Jahr 2000 finden gemäss der amtlichen Streikstatistik des Bundesamtes für Statistik jährlich drei bis zehn Streiks mit durchschnittlich über 6000 Beteiligten statt.

Gestreikt wird meist mit Erfolg und begleitet von einer sympathisierenden Öffentlichkeit. «Streiks sind kein Auslaufmodell», stellt Andreas Rieger fest. Der ehemalige Unia-Präsident hat 2018 ein Buch zu diesem Thema herausgegeben.

Streiks erscheinen im ersten Moment als destruktiv. Der Eindruck täuscht, denn die Erfahrung zeigt, dass Streiks ein erfolgreiches Mittel zur Konfliktlösung sind. Die Vorstellung, dass auch in schwierigen Zeiten wie den heutigen alle Probleme konfliktfrei gelöst werden können, ist blauäugig. Wir werden uns niemals einig mit Erdölkonzernen, mit Hedgefonds-Managern, mit sexistischen Macho-Männern oder Bonzen.



# Aargauer Umsetzung der STAF: Ohne sozialen Ausgleich verheerend!

von Irène Kälin

Am 19. Mai wird erneut über die Unternehmenssteuerreform abgestimmt, die vom Parlament mit einer Zusatzfinanzierung der AHV verknüpft wurde. Entwicklungspolitisch stellt die Vorlage zur abgelehnten USRIII keinen nennenswerten Fortschritt dar. Die Finanzspritze in die AHV hingegen ist der positive innenpolitische Teil der gekoppelten Vorlage.

Trotzdem darf nicht vergessen gehen: Aufgrund des Steuerdumpings von Tiefsteuerebenen wie der Schweiz sinkt die Unternehmensbesteuerung weltweit seit Jahrzehnten. Dies verhindert in den Entwicklungsländern die dringendste öffentliche Versorgung benachteiligter Bevölkerungsschichten in den Bereichen Gesundheit, Bildung oder Infrastruktur. Dabei ist die Schweiz keine Trittbrettfahrerin auf dem Zug, der die globale Konzernbesteuerung in den Abgrund zieht – sie ist vielmehr eine der Lokomotiven und wird es mit der Steuerreform und AHV-Finanzierung – kurz STAF – auch bleiben. Deshalb ist es wichtig, dass die Kantone planen, denn sie sind es die den Steuerwettbewerb bisher stets zusätzlich befeuert haben. In den meisten Kantonen wurden die Steuern für Unternehmen und einkommensstarke Haushalte in den letzten 10 bis 20 Jahren deutlich gesenkt. So auch im Kanton Aargau. Mit verheerenden Folgen für die Staatskasse. Auf die Steuersenkungen folgten Jahr für Jahr Abbaupakete und Sparmassnahmen.

## Auf den ersten Blick positiv ...

Da ist der Umsetzungsvorschlag des Kantons Aargau, der von unsinnigen Unternehmenssteuersenkungen absieht, auf den ersten Blick positiv. Offenbar hat auch die Aargauer Regierung endlich

eingesehen, dass der ruinöse Steuerwettbewerb nach unten unserem Wohn- und Wirtschaftsstandort auf die Dauer



Irène Kälin  
Präsidentin ArbeitAargau,  
Nationalrätin Grüne

nichts bringt. Doch das war es dann auch schon mit der positiven Seite der im Aargau geplanten STAF-Umsetzung. Denn auf der anderen Seite ist es nicht zu akzeptieren, dass die Regierung bei der Dividendenbesteuerung auf das vom Bund gerade noch akzeptierte Minimum von 50 Prozent gehen will. Denn schon die voll ausgeschöpften Massnahmen

Abzug Forschung & Entwicklung und die Patentbox werden für die normal besteuerten Unternehmen im Aargau – und das sind 98 Prozent – zu grossen Mitnahmeeffekten führen.

## ... auf den zweiten Blick ungenügend

Deshalb ist auf den zweiten Blick klar festzustellen, dass es mit der kantonalen STAF-Vorlage wieder zu Steuerausfällen kommen wird, die einmal mehr auf Kosten der arbeitnehmenden Bevölkerung gehen werden. Denn entweder wird es eine allgemeine Steuererhöhung für natürliche Personen brauchen, um die Ausfälle langfristig zu kompensieren oder es drohen weitere Abbaupakete, welche die Bevölkerung ganz direkt treffen.

## Sozialer Ausgleich nötig!

Deshalb braucht es in jedem Fall soziale Kompensationen, welche der Bevölkerung des Kantons Aargau zugutekommen. Denn vom Bund werden – so die STAF Mitte Mai beim Volk eine Mehrheit findet – zusätzliche Mittel bereitgestellt und es ist nicht akzeptabel, dass diese zur Kompensation der Steuerausfälle hinhalten müssen. Diese Bundesmittel gehören der Bevölkerung und müssen ihr zugeführt werden. Zum Beispiel

würde ein Ausbau der Kinderbetreuung und insbesondere günstigere Krippenplätze dem Aargau gut anstehen und würden ganz direkt der Bevölkerung zu Gute kommen. Angesichts der Deindustrialisierung und des Ausverkaufs hier angesiedelter Schlüsselunternehmen wäre auch ein Fond für eine aktive Industriepolitik und gute Industrie Arbeitsplätze eine ideale Möglichkeit, um den Arbeitnehmenden und dem Arbeitsplatz Aargau eine nachhaltige Perspektive zu geben. Wie auch immer ein sozialer Ausgleich genau aussieht, er ist unumgänglich. Denn die STAF nützt nur den Unternehmen und ihren Aktionär\_innen, nicht den Aargauerinnen und Aargauern. Kommen keine Ausgleichsmassnahmen für die arbeitende Bevölkerung des Kantons Aargau, dann ist und bleibt die kantonale Umsetzungsvorlage der STAF ungenügend.



Mit der Gegensteuer-Initiative die am 12. April 2019 eingereicht wurde, werden diese Bedenken aufgenommen.  
[www.gegensteuer-initiative.ch](http://www.gegensteuer-initiative.ch)

### Impressum

#### Herausgeber:

- Aarg.Gewerkschaftsbund AGB
- SP des Kantons Aargau
- Unia Region AG-NWS
- vpod Region Aargau-Solothurn
- syndicom Aargau

AGB, Postfach 2217, 5001 Aarau

Layout: Mira Meier, Baden

#### Umsetzung und Redaktion:

Renato Mazzocco, Sekretär AGB, Aarau

#### Druck:

Grafische Gesamtlösungen Bialek  
5722 Gränichen / 062 822 88 88

Auflage: 14 000 Exemplare

# JA zu Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)

Meinungsausserung von Renato Mazzocco

Die Steuervorlage 17, bzw. das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) über das am 19. Mai abgestimmt wird, ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der heutigen Situation, aber auch gegenüber der in der Volksabstimmung versenkten Unternehmenssteuerreform III. Sie ist die erste Steuerreform seit Mitte der 1970er-Jahre, bei der die Aktionäre und die Firmen auf Bundesebene mehr Steuern zahlen. Und bei der die Firmen sich finanziell stärker an der AHV beteiligen müssen. Mit der Erhöhung der Lohnprozente und des Bundesanteils für die AHV wird der soziale und solide Finanzierungsmechanismus der AHV erstmals seit 1975 wieder gestärkt. Das haben die Gewerkschaften schon lange gefordert.

## Positiv ist insbesondere:

- dass die heutigen Steuerprivilegien für multinationale Unternehmen gestrichen werden. Heute erhalten rund 50 Prozent der Firmengewinne in den Kantonen einen enormen Steuerrabatt (von bis zu 90 Prozent).
- dass die AHV 2 Mrd. Fr. zusätzliche Beiträge über 0.3 Lohnprozente und 800 Mio. Fr. aus

der Bundeskasse erhält. Davon zahlen die Firmen 600 Mio. Fr. (0.15 Lohnprozente).

Die Abbaupläne des Bundesrates bei der AHV sind faktisch vom Tisch, da die AHV-Finzen bis Mitte der 2020er-Jahre stabilisiert sind. Es gibt mehr Spielraum für Offensivprojekte!



Renato Mazzocco  
Aargauischer Arbeitersekretär

- dass die Aktionäre und ein Teil der Firmen beim Bund mehr Steuern zahlen müssen. Schätzungsweise rund 200 Mio. Fr. pro Jahr, weil u.a. die schlimmsten Steuersenkungen aus der USRII korrigiert werden.
- dass die in der USRIII vorgesehenen Steuersenkungen für Firmen auf Bundesebene gestrichen wurden. Diese hätten rund 220 Mio. Fr. jährlich gekostet.

Die geplanten generellen Gewinnsteuersenkungen in den Kantonen sind hingegen total unverhältnismässig. Sie sind aber nicht Teil der Steuervorlage. Sondern sie werden ausschliesslich auf kantonaler Ebene beschlossen. Und müssen auch dort bekämpft werden. Die vorgesehenen rund 1.1 Mrd. Fr. Bundesgeld, die aus der Erhöhung des Kantonsanteils an Kantone und Gemeinden fließen, dürfen nicht für Gewinnsteuersenkungen verwendet werden, sondern müssen der Bevölkerung zugutekommen. Z.B. über höhere

Prämienverbilligungen. Dies kann nur auf kantonaler Ebene durchgesetzt werden.

Ein Nein zur Steuervorlage würde das Steuerdumping und den Steuersenkungswettlauf anheizen – national und international. Denn die Kantone würden die Steuerprivilegien, die die Schweiz aufgeben muss, durch allgemeine Senkungen des Gewinnsteuersatzes und neu kreierte Privilegien auszugleichen versuchen. Die Bestrebungen, die kantonalen Steuern über das Steuerharmonisierungsgesetz würden unterlaufen. Die Gewinnsteuern bei Bund und Kantonen dürften deutlich stark sinken. Und das Geld für die AHV wäre verloren. Der Druck auf die AHV-Leistungen würde steigen – sei es über geforderte Rentenerhöhungen oder über Angriffe auf den Mischindex.

Der Text entstammt einem Blogbeitrag von Daniel Lampart, Sekretariatsleiter und Chefökonom des SGB.



- Mehr Schutz vor Waffengewalt
- Kampf dem Waffenselbstbedienungsladen Schweiz
- Mehr Sicherheit für die Polizei – mehr Sicherheit für alle
- Keine Gefährdung des Schengen-Abkommens



Gabriela Suter  
Grossrätin  
Präsidentin SP Aargau



Cédric Wermuth  
Nationalrat  
Ständeratskandidat

Co-Präsidium SP-Grossratsfraktion:



Dieter Egli  
Grossrat



Claudia Rohrer  
Grossrätin

- Für eine nachhaltige Klimapolitik zugunsten unserer Umwelt
- Für die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Bereichen
- Für sichere Arbeitsplätze für alle
- Für bezahlbare Krankenkassenprämien
- Für eine menschenwürdige Asylpolitik

**SP FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE.**

[www.sp-aargau.ch](http://www.sp-aargau.ch)



# 1. Maifeiern 2019

## Aarau

Holzmarkt (Graben), 16.00 - 20.00

**Umzug ab Holzmarkt** 16.55 (Besammlung Festplatz 16.30)

**Ansprachen** ab 17.30 von:



**Florian Vock**  
Präsident Aarg.  
Gewerkschaftsbund,  
Nationalratskandidat



**Endo Anaconda**  
Kolumnist,  
Texter & Sänger von  
Stiller Has



**Ruth Müri**  
Stadträtin, Ständeratskandidatin  
Grüne

Sponsoring: Coop Rechtsschutz, Bank Cler und kalkor.ch treuhand

**Rahmenprogramm** ab 16.00

- Festwirtschaft
- Info- und Marktstände
- Musik mit **Notorious** (Funk-, Soul- und Pop-Coverband)



Moderation: Leona Klopfenstein (Co-Präsidentin SP Aarau, Nationalratskandidatin)  
Organisation: 1. Mai-Komitee Aarau

## Zofingen

Markthalle, 16.00 - 20.00

**Ansprachen** 17.15 / 17.30 / 17.45 von:



**Arsène Perroud**  
Gemeindeamman,  
Grossrat und Nationalratskandidat SP



**Mia Gujer**  
GL SP Aargau und  
Nationalratskandidatin SP



**Gabriela Suter**  
Präsidentin SP Aargau,  
Nationalratskandidatin SP

Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Zofingen

**Rahmenprogramm / Festwirtschaft** ab 16.00

- Risotto und feines vom Grill von der SP Oftringen (ab 18.00)
- Kinderbetreuung
- Musik mit «**The Klezmorim Quartet**»



Moderation: Viviane Hösl, Geschäftsführerin ArbeitAargau, Grossrätin SP, Zofingen

## Lenzburg

Metzplatz, 16.30 - 20.00

**Ansprachen** 18.00 / 18.30 / 19.00 von:



**Yvonne Feri**  
Nationalrätin SP



**Alime Köseciogullari**  
SP-Migrant\*innen,  
Nationalratskandidatin



**Florian Vock**  
Präsident Aarg.  
Gewerkschaftsbund,  
Nationalratskandidat

**Rahmenprogramm** 16.00 - 20.00

- Feines vom Grill
- Kaffee und Kuchen
- Musik mit dem Rapper-Duo «**Etobasi**»

Moderation: Gabi Lauper Richner, Präsidentin SP Bezirk Lenzburg  
Organisation: 1. Mai-Komitee Lenzburg

## Schöftland

Waldhaus Moos, Schöftland  
18.00 - 20.00

**Vorabendfeier!** Dienstag, 30. April

**Ansprachen** ab 18.30 von:



**Anja Gestmann**  
Gemeinderätin,  
Nationalratskandidatin SP



**Viviane Hösl**  
Geschäftsführerin  
ArbeitAargau,  
Grossrätin SP



**Cédric Wermuth**  
Nationalrat und Ständeratskandidat SP

**Rahmenprogramm** ab 18.00:

- Grilladen / Salate
- Kaffee und Kuchen
- Musik mit «**Blues-Tinu's Triple Trouble**»

Moderation: Markus Estermann, Präsident SP Bezirk Kulm, Dürrenäsch  
Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Kulm

# Baden

Theaterplatz, 12.00 - 18.00

**Ansprachen** 13.30 und 15.30 von:



**Lelia Hunziker**  
Grossrätin, Nationalratskandidatin  
Präsidentin VPOD



**Cédric Wermuth**  
Nationalrat und Ständeratskandidat SP



**Cybel & Benj**  
Klimastreikende  
Schüler\_innen



**Marina Carobbio**  
Präsidentin des Nationalrates, SP

13.50: **Demonstrationszug**

Organisation: 1. Mai-Komitee Baden – Bezirke Baden und Zurzach

**Rahmenprogramm** 12.00 - 18.00

- Festwirtschaft
- Grill / vietnamesische Frühlingsrollen
- Kinderecke
- künstlerischer Beitrag von **Lisa Christ**, Slam-Poetin und Autorin
- Musik von **Dinner 4/5** (Funk/Jazz aus Baden/Brugg)



Begrüssung und Moderation:  
**Jürg Caltisch**, Präsident VCS, Nationalratskandidat SP

# Brugg

Neumarktplatz, 17.00 - 20.00

**Ansprachen** 17.15 / 17.45 / 18.00 von:



**Cédric Wermuth**  
Nationalrat und Ständeratskandidat SP



**Irène Kälin**  
Nationalrätin  
Grüne, Präsidentin  
ArbeitAargau



**Martin Brügger**  
Grossrat u. Nationalratskandidat SP

**Rahmenprogramm**

- 17.00 Apéro
- 18.15 **Etrit Hasler**, Slam-Poet
- ab 18.30 Festbetrieb mit türkischer Suppe
- Anatolische Musik mit **Mustafa Göcmen**, Gitarrist

Begrüssung/Moderation: **Sascha Schenker**, Co-Präsident SP Bezirk Brugg  
Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Brugg

# Bremgarten

Schellenhausplatz  
(Zeughaus und Trotte)  
17.00 - 20.00

**Ansprachen** 18.45 / 19.00 von:



**Arsène Perroud**  
Gemeindeamman,  
Grossrat und Nationalratskandidat SP



**Cédric Wermuth**  
Nationalrat und Ständeratskandidat SP

**Rahmenprogramm** ab 17.30

- Syrische Küche / Café und Kuchen
- Musik mit **SilverBlue** (Pop Soul von Daniela und Michael Heiniger)
- **aMAIzing** (kulturelle Intermezzi der Theatergruppe Kanti Baden)

Begrüssung: **Stefan Dietrich**, Präsident SP Bezirk Bremgarten  
Moderation: **Jeanette Egli**, SP Bremgarten  
Organisation: SP Bezirksparteien Bremgarten und Muri

# Stein

beim Saalbau, 16.00 - 20.00

**Ansprachen** 17.30 / 18.15 / 19.00 von:



**Daniela Neves**  
Industrieverantwortliche Unia  
AG-NWS



**Mattea Meyer**  
Nationalrätin SP,  
Präsidentin SAH



**Carole Binder-Meury**  
Gemeinderätin,  
Nationalratskandidatin SP



**Rolf Schmid**  
Bezirksparteipräsident,  
Nationalratskandidat SP

**Festbetrieb** ab 16.00

- Kulinarisches serviert von der SP-Küchenmannschaft unterstützt von Flüchtlingen
- Musik mit **Irene Mazza & Nihad Khalil**

Gewerkschaften Unia, syndicom, VPOD und SEV  
SP Bezirksparteien Rheinfelden und Laufenburg

Moderation: Peter Koller, Grossrat SP und Elisabeth Burgener, Grossrätin SP



# Warum verdienen Männer und Frauen nicht einfach gleich viel?

Zeit, über Geld zu reden.

Bank  
Banque  
Banca

**CLER**

## Noch nicht dabei? Jetzt Mitglied werden!



**vpod – die Gewerkschaft  
im Service Public**

Regionalsekretariat  
Bachstrasse 43  
Postfach 4209, 5001 Aarau

[www.aargau.vpod.ch](http://www.aargau.vpod.ch)

062 834 94 35



Die Gewerkschaft für die Branchen:  
Post, Kurier-, Express-, Paketmarkt (KEP) und Logistik, Mail, Verkehr  
und Infrastruktur; Telecom, IT, Call Center, Telekommunikationsgewer-  
be, Grafische Industrie und Verpackung, Buch und Medienhandel, Presse  
und elektronische Medien, visuelle Kommunikation.

**Stark, engagiert und kämpferisch**

syndicom  
Regionalsekretariat Olten  
Hauptgasse 33, 4600 Olten

Tel.: 058 817 19 56  
olten@syndicom.ch  
[www.syndicom.ch](http://www.syndicom.ch)

Wenn Frau\* will, steht alles still! Wir werden überall streiken, am Arbeitsplatz, zu Hause, auf der Strasse:

**UNIA** Frauen.

Schliess Dich uns an!  
Gewerkschaft Unia  
Region Aargau-Nordwestschweiz  
[www.ag-nws.unia.ch](http://www.ag-nws.unia.ch)

**Frauen\*streik**  
14. Juni 2019

kalkor.ch treuhand

Für Lebensunternehmer\*innen  
Aarau: 062 823 16 70

« Gemeinsam können wir den Klimawandel abwenden, die Altersrenten sichern, die Prämienlast begrenzen und die Tendenz zu immer mir Ungleichheit stoppen.  
Für eine Politik die Menschen statt Profite ins Zentrum stellt. »

Jetzt mitmachen: [www.cedricwermuth.ch](http://www.cedricwermuth.ch)



**Cédric Wermuth**  
Am 20. Oktober in den Ständerat



Wir investieren in die Zukunft:  
Der Umbau kommt gut voran.





# Wie lange noch?!

von Sarah Thomas

In der Schweiz ist die Gleichstellung der Geschlechter seit 1981 in der Bundesverfassung verankert. Rechtlich hat die Schweiz zwar vieles erreicht, aber von einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter sind wir weit entfernt. Noch immer leben wir in der «Men's World», wie sie James Brown 1966 besungen hatte: Obwohl wir Frauen\* zur Mehrheit zählen, sind wir doch in der Minderheit. Von den hundert grössten Arbeitgeber\*innen der Schweiz werden derzeit drei von einer CEO geführt. In der Riege der Verwaltungsratspräsident\*innen sitzen mehr Männer mit Namen Jörg, Peter oder Urs als Frauen und in der Politik sind Frauen\* mit einem Anteil von nur 33% im Nationalrat und 15% im Ständerat ebenfalls noch immer krass untervertreten!

Es sind Fakten wie diese, die uns alle dazu animieren müssen, am 14. Juni 2019 erneut zu streiken. Es braucht eine Politik von und für Frauen, inter, trans, und nonbinary Menschen, nicht die heutige Politik, welche wie der Tages-Anzeiger jüngst titelte: «Solange Männer Politik für Männer machen, werden Akademikerinnen weiter daheim Gratisarbeit leisten», umschrieben werden kann. Nicht nur Akademikerinnen sind von dieser Politik betroffen: Das schweizerische Steuersystem beruht auf einer Rollenverteilung aus dem letzten Jahrhundert, bei welcher die Frau nach der Heirat üblicherweise aus dem Arbeitsmarkt ausschied. Wenn eine Frau nach dem zweiten Kind, Steuerveranlagung und teure familienexterne Kinderbetreuung sei Dank, wieder arbeiten geht, so frisst die Progression diesen Lohn gleich wieder weg. Das Signal, das dabei an diese Frauen gesendet wird «Arbeiten lohnt sich für euch nicht» ist nicht nur falsch, sondern auch wirtschaftsschädlich!

## Tatsächliche Gleichstellung sieht anders aus

Es kann doch nicht mehr sein, dass zwar eine von drei Frauen\* einen Hochschulabschluss hat, während bei Männern die Zahl

bei 1:4 liegt und trotzdem die Professorinnen an Schweizer Hochschulen signifikant in der

Minderheit sind. Es darf nicht sein, dass es mehr Parlamentarier namens Hans gegeben hat, als Frauen im Parlament. «Helvetia ruft» hat uns eindrücklich vorgerechnet: Stellen wir uns vor, im Nationalrat wären 135 Frauen\* und 65 Männer und im Ständerat 40 Frauen\* und 6 Männer. Wie würde das unsere Politik verändern?

Die Realität sieht anders

aus: Aus denselben Gründen haben Frauen\* in der Schweiz bereits am 14. Juni 1991 zum Streik «Wenn Frau will, steht alles still» aufgerufen. Einiges wurde Dank den Frauen von damals erreicht: Mutterschaftsurlaub, Spaltung der AHV, die Fristenlösung und Massnahmen gegen häusliche Gewalt. Dennoch stagniert die Gleichstellung auf der internationalen Bühne wie auch in der Schweiz. Ja, schlimmer noch, mit dem Argument, die Gleichstellung sei ja erreicht, werden uns Frauen\* erlangte Errungenschaften wieder genommen. Im Aargau wurde sogar die Fachstelle für Gleichstellung gestrichen! Kann Mann diese Entwicklungen gutheissen? Müsste nicht endlich wieder mehr für Frauen\* getan werden?

## Es muss noch viel getan werden!

Im Folgenden eine nicht abschliessende Aufzählung unserer Forderungen: Wir fordern in der Altersvorsorge eine substanzielle Erhöhung der AVH im Tieflohnbereich. Weil viele Frauen\* im Alter nur von der AHV-Rente leben müssen, ist in der Schweiz jede fünfte Frau über 65 von Altersarmut betroffen. Wir fordern, dass Bäuerinnen für ihre Arbeit bezahlt und sozialversichert werden, da auch Bäuerinnen ein Recht auf Mutterschaftsurlaub und eine gerechte Entlohnung haben. Wir fordern bedarfsgerechte Betreuungsangebote für Kinder und alte Menschen. Damit die Familienarbeit geteilt werden kann, müssen familienergänzende Betreuungsangebote qualitativ hochwertig, bezahlbar und überall verfügbar sein.

Wir fordern einen Elternurlaub, von dem der Vater\* mindestens einen Monat bezieht, weil beide Elternteile Verantwortung für die Kinder tragen. Wir fordern, dass Verhütungsmittel von der Krankenkasse übernommen werden, weil Verhütung keine Frage des Einkommens, sondern für alle verfügbar sein muss. Wir fordern unter anderem auch, dass die Luxussteuer für Tampons und Binden aufgehoben wird, weil Tampons und Binden lebensnotwendige Güter sind und deshalb mit einem Mehrwertsteuersatz von 2.5 % statt 7.7 % besteuert werden sollen.

Alle unsere Forderungen sind in unserem Manifest aufgelistet. Denn wie Simone de Beauvoir bereits sagte: «Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen – sie bekommen nichts.» Wir fordern, damit die Jörg, Peter, Hans oder Urs' in diesem Land Konkurrenz bekommen.

### Wir rufen alle Frauen\* auf, sich am schweizweiten Frauen\*streik vom 14. Juni 2019 im Aargau zu beteiligen.

Was geschieht am feministischen Streik im Aargau:

- um 11.00 Uhr finden schweizweit Aktionen an den Arbeitsplätzen statt
- am Mittag sind wir in den Regionen im Aargau sichtbar
- spätestens um 15:30 Uhr legen alle Frauen\* die Arbeit nieder und machen so auf die Lohnungleichheit aufmerksam
- 17:15 Demo und Kundgebung, 16:45 Besammlung Bahnhofplatz Aarau
- „Streikfest“ ab 21:00 in Planung

Aktuelle Informationen auf dem Aargauer Newsletter. Hier kannst du dich anmelden: <http://eepurl.com/ggdf5z>



[frauenstreik-aargau.ch](http://frauenstreik-aargau.ch)  
[facebook.com/frauenstreikaargau](https://facebook.com/frauenstreikaargau)  
[instagram/frauenstreik\\_aargau](https://instagram/frauenstreik_aargau)  
[sekretariat@frauenstreik-aargau.ch](mailto:sekretariat@frauenstreik-aargau.ch)

# Aargauer Regierung muss Zurückhaltung ablegen

Thomas Leuzinger

**Der Industriestandort Aargau verliert durch den erschreckend regelmässigen Stellenabbau stetig an Bedeutung. Die Aargauer Regierung muss ihr Engagement für die Arbeitsplätze verstärken.**

Der Industriestandort Aargau leidet unter den Massnahmen, die in den vergangenen Jahren umgesetzt wurden und hunderte von Stellen gekostet haben. Ein ums andere Mal haben es der Bundesrat und die Kantonsregierung verpasst, dem mit griffigen Massnahmen entgegen zu wirken.

Während General Electrics in Frankreich verbindliche Zusagen für den Erhalt von Stellen abgerungen wurden, haben sich die Exekutiv-VertreterInnen aus der Schweiz einmal mehr darauf geeinigt, ein neoliberales „Laisser-faire“ zu verfolgen. Dasselbe geschah bei Novartis, das im vergangenen Jahr den Abbau von 2150 Stellen in der Region Aargau-Nordwestschweiz angekündigt hatte.

Der Bund weigerte sich damals, sich für eine Lösung einzusetzen, mit welcher Arbeitsplätze in der Region hätten erhalten werden sollen. Und dies sogar im Wissen darum, dass Novartis Milliardengewinne schreibt und ohne weiteres darauf hätte

verzichten können, Mitarbeitende auf die Strasse zu stellen.

Während die Gewinne dieser Unternehmen in den letzten Jahren in die Taschen der Aktionäre und des oberen Managements weggeflossen sind, bleiben die Kosten in der Region liegen. Sie fallen regelmässig auf die SteuerzahlerInnen zurück.

Dies führt kaum zu einer grossen Akzeptanz der Wirtschaftsförderung in der Region, sondern schadet den eigenen Bemühungen des Kantons zur

Stärkung des Standortes Aargau. Hier ist der Regierungsrat gefordert, deutlich mehr für die Arbeitsplätze in der Region sowie den Wirtschafts- und Industriestandort Aargau zu unternehmen.

Gerade der Kanton Aargau würde gut daran tun, den Druck auf den Bund zu erhöhen, endlich eine Industriepolitik einzuführen, welche diesen Namen auch verdient. Der Aargauer Gewerkschaftsbund hat schon vor mehr als einem Jahr darauf hingewiesen, dass beispielsweise im Bereich der Arealentwicklung oder bei der Bereitstellung von Risikokapital von Jungunternehmen mehr gemacht werden müsste.

Und die Unia hat schon vor drei Jahren gefordert, dass Bundesrat und Parlament

Hand zur Schaffung eines Produktionsfonds bieten müssen, der so hoch dotiert ist, dass er einen alternativen Kredit zum Bankkredit darstellt. Dort, wo es dem Allgemeininteresse dient, soll

die öffentliche Hand aktive Investitionen beschliessen.

Die grossen Banken, welche den Kreditmarkt für die produzierende Schweizer Wirtschaft dominieren, halten den Kredit knapp und teuer. Und in vielen Fällen knüpfen sie ihn an scharfe Bedingungen wie Kostenreduktion, Änderungen der Unternehmenspolitik oder gar den massiven Abbau von Arbeitsplätzen. Dabei verfolgen die Banken die Logik hoher Eigenkapitalrenditen.

Weiter braucht es eine industriepolitische Agenda, die mindestens drei Dinge enthält: Erstens eine grosse Bildungs- und Qualifizierungsoffensive (inklusive Recht auf lebenslange Weiterbildung). Zweitens eine Technologie-Strategie, die den offenen Zugang und den aktiven Technologie-Transfer garantiert. Drittens eine klare Ausrichtung auf den ökosozialen Umbau. In der Schweiz könnten schnell um die 200 000 neue Arbeitsplätze im Bereich Greentech geschaffen werden.

Das Zeitfenster ist allerdings eng. Diverse EU-Länder, aber auch aufstrebende Volkswirtschaften wie China, Indien oder Brasilien stecken enorme Mittel in nachhaltige Produktion und ökologischen Bau. Wenn die Schweiz nicht rechtzeitig Massnahmen ergreift, wird sie den Anschluss verlieren.

Die Forderungen zur Attraktivierung des Standortes liegen zwar seit längerem auf dem Tisch, geschehen ist aber wenig – und auch ein Umdenken hat kaum stattgefunden. Anders lässt sich die Passivität, mit der Johann Schneider-Ammann der Streichung von Stellen teilnahmslos zugeschaut hat, nicht erklären.

Stattdessen haben die nationalen ParlamentarierInnen beschlossen, mit der Steuervorlage 17 weitere Steuersenkungen für Unternehmen zu gewähren. Dies scheint seit Jahren die einzige Idee gewisser ParlamentarierInnen zu sein, um Arbeitsplätze hier zu halten. Novartis hat gezeigt: Bringen tut es rein gar nichts.



Thomas Leuzinger  
Bereichsleiter Politik  
und Kommunikation  
Unia AG-NWS



# Kein Rahmenabkommen gegen den Schweizer Lohnschutz!

Aufruf

Ein **Nein** zum vorliegenden Rahmenabkommen Schweiz-EU ist ein **Ja** zu einem sozialen Europa, zur Personenfreizügigkeit und zu starken Arbeitnehmendenrechten!

## Personenfreizügigkeit und Arbeitnehmerrechte gehören zusammen

Freiheit, Gleichheit und soziale Sicherheit setzen sich gegenseitig voraus. Darum darf das Prinzip «Gleiche Löhne für gleiche Arbeit am gleichen Ort» nicht verletzt werden. Die Personenfreizügigkeit mit der EU und starke flankierende Massnahmen (FlaM) gehören untrennbar zusammen. Sie stellen gemeinsam einen grossen sozialen Fortschritt für die Schweiz dar.

## Rechte müssen durchgesetzt werden

Prinzipien wie «Gleicher Lohn» nützen nur, wenn sie auch in der Praxis durchgesetzt werden. Auf europäischer Ebene klafft diesbezüglich eine grosse Lücke. Die schwache EU-Durchsetzungsrichtlinie zum Lohngleichheitsprinzip wird vom Europäischen Gerichtshof regelmässig zu Ungunsten der Arbeitnehmenden ausgelegt.

## Lohnkontrollen wirken präventiv

Für die Durchsetzung des Lohngleichheitsprinzips muss jedes Land entsprechend seinen konkreten Verhältnissen sorgen. In der Schweiz gibt es dafür die FlaM. Sie sind zwar nicht perfekt – aber nach Einschätzung des Europäischen Gewerkschaftsbundes dennoch vorbildlich. Denn gute Gesamtarbeitsverträge, mehr verbindliche Mindestlöhne und Kontrollen in jährlich 45'000 Firmen wirken: Fast ein Viertel der kontrollierten Firmen muss zu tiefe Löhne korrigieren. So haben die FlaM Lohndumping in Grenzen gehalten und ein Absacken der Tiefelöhne verhindert.

## Ohne wirksame FlaM kommt das ganze Lohngefüge ins Rutschen

Genügend Kontrollen müssen auch bei Entsendebetrieben und Selbständigen möglich sein. Denn Kurzaufenthalter in Risikobranchen

sind besonders gefährdet. Sie erhalten oft keine Schweizer Löhne. Davon profitieren einheimische und ausländische Lohndumpingunternehmen. Faire Arbeitgeber haben das Nachsehen. Ohne wirksame FlaM würde das ganze Lohngefüge ins Rutschen kommen – mit unabsehbaren Folgen für alle Lohnabhängigen in der Schweiz.

## Der Vertragsentwurf verschlechtert den Lohnschutz

Auch für die EU-Kommission war bisher klar, dass das hohe Lohnniveau in der Schweiz einen besonderen Schutz benötigt. Der vorliegende Vertragsentwurf zum Rahmenabkommen gibt nun aber dem «Marktzugang» und insbesondere den Interessen der Entsendebetriebe Vorrang. Konkret

- droht eine massive Reduktion der Zahl der Kontrollen insbesondere im Entsendebereich und bei den Scheinselbständigen;
- werden Kontrollen mit einer kürzeren Voranmeldezeit für Entsendebetriebe erschwert;
- sind Kauttionen und damit wirksame Bussen für die meisten fehlbaren Firmen nicht mehr zulässig;
- werden Dienstleistungssperren sowie Sanktionen der paritätischen Kontrollorgane eingeschränkt.

## Das sozialpartnerschaftliche Vertrags- und Kontrollsystem steht auf dem Spiel

Künftig soll der Massnahmenkatalog der EU-Durchsetzungsrichtlinie bestimmen, welche FlaM die Schweiz erlassen kann und welche nicht. Neue FlaM wären daher kaum mehr möglich, auch wenn sie angesichts immer neuer Dumpingpraktiken dringend nötig wären. Auslegestreitigkeiten würden durch – bzw. in Bezugnahme auf – den Europäischen Gerichtshof entschieden. Damit steht das ganze funktionierende sozialpartnerschaftliche Vertrags- und Kontrollsystem auf dem Spiel.

**Beihilfenregelung gefährdet Service Public** Schliesslich sieht das Abkommen

eine «Beihilfenregelung» vor, mit der im Rahmen künftiger bilateraler Verträge demokratische Entscheide übersteuert würden. Sie könnte Privatisierungen im Service Public erzwingen oder auch paritätische oder tripartite Einrichtungen im Bereich der Berufsbildung oder des Gesundheitsschutzes schwächen.

## Starke Arbeitnehmerrechte für eine offene Schweiz in einem sozialen Europa

Die Öffnung des europäischen Arbeitsmarktes darf nicht zum Freipass für Unternehmen verkommen, Arbeitskräfte aus Tieflohnländern auszubeuten und die Löhne zu senken. Starke und für alle gleiche Arbeitnehmerrechte müssen dem entgegenwirken. Wer dies missachtet, bereitet Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und engstirnigem Nationalismus den Boden. Länder wie Grossbritannien und Deutschland machen heute diese Erfahrung. Das wollen wir nicht. Wir sind für einen starken Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen und gegen jede Diskriminierung, damit wir die Personenfreizügigkeit in Europa bewahren können. Den bevorstehenden Abstimmungskampf gegen die SVP-Initiative zur Abschaffung der Personenfreizügigkeit, bei dem das gesamte Verhältnis mit der EU auf dem Spiel steht, ist nicht zu gewinnen, wenn der Lohnschutz in der Schweiz durch die EU geschwächt worden ist.

## Die Schweiz und die EU haben ein besseres Rahmenabkommen verdient

Aus all diesen Gründen ist der zur Zeit vorliegende Entwurf zum institutionellen Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU abzulehnen. Es muss nachgebessert werden.



# Frauen\*streik auch im Aargau !

## Mach mit ! Bring dich ein und vertrete deine Streikgründe



Obwohl die Gleichstellung der Geschlechter seit 1981 in der Bundesverfassung verankert ist, stagniert sie in der Schweiz sowie auf der internationalen Bühne. Frauen, inter, trans und nonbinary Menschen sind nach wie vor Diskriminierung, Sexismus, Stereotypisierung und Gewalt ausgesetzt. Am 14. Juni 2019 streiken wir, damit sich dies endlich ändert!

Nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch bei der unbezahlten Arbeit zuhause und anderswo. **Wenn Frau\* will, steht alles still!**

Weitere Infos / Kontakt:

[frauenstreik-aargau.ch](http://frauenstreik-aargau.ch)

[facebook.com/frauenstreikaargau](https://facebook.com/frauenstreikaargau)

[instagram/frauenstreik\\_aargau](https://instagram/frauenstreik_aargau)

[sekretariat@frauenstreik-aargau.ch](mailto:sekretariat@frauenstreik-aargau.ch)

Weitere Informationen auf unserem Aargauer Newsletter.

Hier kannst du dich anmelden:

<http://eepurl.com/ggdf5z>



ARBEITERSTRANDBAD TENNWIL

# SOLI FEST<sub>19</sub>

**SAMSTAG  
17. AUGUST 2019**

ab 16 Uhr  
Grill- und Barbetrieb,  
Hüpfburg, Tombola  
und mehr.

**REDEN**

noch offen.

**MUSIK**

Frank Powers  
Folk-Pop-Songs aus Brugg

DJ-Set von Beatween

